

Obwalden / Nidwalden

Der Kampf gegen das strukturelle Defizit

Sowohl Obwalden als auch Nidwalden schreiben als NFA-Geberkantone zurzeit rote Zahlen. Doch während man in Obwalden eine Steuererhöhung für unumgänglich hält, hofft man in Nidwalden, dass sich das Problem mit der Steuervorlage 17 des Bundes löst.

Von Stefan Breitenmoser



Trotz Problemen mit den Kantonsfinanzen, welche wohl zu einer Steuererhöhung führen werden, scheint die Welt in Obwalden (im Bild der Lungernsee) noch in Ordnung.

OBWALDEN

Im Februar dieses Jahres war es endlich soweit. Zwölf Jahre nach den verheerenden Überschwemmungen, welche rund um den Sarnersee und die Sarneraa zu Schäden von über 250 Millionen Franken führten, fiel mit dem Spatenstich für den Hochwasserentlastungsstollen der Startschuss für das für den Kanton so wichtige Hochwasserschutzprojekt. Dass zwölf Jahre vergehen mussten, bis dieses Jahr endlich gestartet werden konnte, sei ein notwendiger Prozess gewesen, «um eine breit abgestützte Lösung zu finden», meinte Regierungsrätin Maya Büchi. Denn bis man sich schliesslich zum jetzt im Bau befindlichen Entlastungsstollen durchringen konnte, war es ein langer Weg. Zunächst wollte man nämlich aus Kostengründen die Sarneraa tiefer legen und verbreitern. Doch die Kosten explodierten, was zum Rücktritt des Baudirektors 2009 führte. Es folgten Variantendiskussionen und 2010 eine weitere Volksabstimmung. 2014 genehmigte das Volk dann das heutige Projekt.

Die Gesamtkosten für das grösste Hochwasserschutzprojekt des Kantons belaufen sich auf 135 Millionen Franken, wovon der 6,5 Kilometer lange Entlastungsstollen mit geschätzten Kosten von 106 Millionen Franken den Löwenanteil ausmacht. Zurzeit laufen die Vorarbeiten, und ab

Herbst 2019 soll sich dann die Tunnelbohrmaschine in den Berg fressen. Noch nicht gestartet sind hingegen die Massnahmen an der Sarneraa, die rund 18 Millionen Franken kosten. Trotzdem soll das ganze Hochwasserschutzprojekt 2025 abgeschlossen werden können.

Volk befindet über Steuererhöhung

«Wir müssen durch dieses Loch hindurch», meinte Büchi schon im Herbst letzten Jahres in der «Obwaldner Zeitung». Die Rede war da allerdings nicht vom Entlastungsstollen, sondern von den Kantonsfinanzen. Damals präsentierte die Finanzdirektorin unter dem Titel «Finanzstrategie 2027+» erstmals das Gesamtpaket, das es dem Kanton Obwalden möglich machen soll, ab 2020 wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Es umfasst, nachdem es vom Kantonsrat im Mai dieses Jahres nochmals beraten wurde, eine Steuererhöhung von 2,95 auf 3,25 Einheiten, was zu Mehreinnahmen von 14 Millionen Franken führt, eine ausserordentliche Abschreibung von 80 Millionen Franken, was die Erfolgsrechnung um 7 Millionen entlasten soll, und einen Katalog von rund 80 Massnahmen zur Einsparung wie etwa der Abbau von 20 Stellen beim Kanton oder die Reduktion der kantonalen Beiträge zur Prämienverbilligung. Insgesamt soll der Kantonshaushalt so um 40 Millionen pro Jahr entlastet werden. Im

September muss nun das Volk über das Paket befinden. «Sollte es scheitern, würde der Kanton innert kürzester Zeit in eine Verschuldung von 150 Millionen Franken geraten», meinte Büchi.

Dass sie damit nicht ganz unrecht hat, zeigen sowohl die Staatsrechnung 2017, die mit einem Defizit von 21 Millionen Franken abschloss, als auch das Budget 2018, welches bei einem Aufwand von 297 Millionen Franken ein Defizit von 10 Millionen Franken ausweist. Dies allerdings nur, wenn 27 Millionen Franken aus den Schwangerschaftsreserven aufgelöst werden. Ansonsten wäre das Defizit rund 37 Millionen Franken. Genau darauf wurde im Nachhinein übrigens bei der Rechnung 2017 verzichtet, um dem Volk zu verdeutlichen, wie gross das strukturelle Defizit tatsächlich ist. Sonst hätte man 2017 ein Minus von lediglich 3 Millionen Franken geschrieben.

Für den Kanton Obwalden wird die Abstimmung also richtungsweisend. Denn um zusätzliche Einnahmen zu generieren, ist eine Steuererhöhung wohl unumgänglich. Wachsen will der Kanton ansonsten nämlich nicht mehr ganz so flächenintensiv wie in der Vergangenheit, wie aus dem Entwurf des neuen Richtplans hervorgeht. Dafür ist auch die Vollendung der A8 wichtig, für welche es dieses Jahr grünes Licht gab. Somit wird der Tunnel Kaiserstuhl zum dritten Loch, durch das Obwalden hindurch muss. ■

NIDWALDEN

In seiner Raumentwicklungsstrategie geht der Kanton Nidwalden von einem Bevölkerungswachstum von 4900 Personen beziehungsweise 12 Prozent zwischen 2015 und 2040 aus. Der Kantonshauptort Stans soll dabei am meisten wachsen, während für die Gemeinden der «ländlich-touristischen Zentralitätsstufe» nur ein mässiges Wachstum vorgesehen ist. Die Arbeitsplätze sollen in dieser Zeit ebenfalls um 12 Prozent oder 2800 Stellen wachsen, insbesondere in Stans und dem Subzentrum Hergiswil. Dies geht aus dem kantonalen Richtplan hervor, der Anfang dieses Jahres unter Vorbehalt vom Bund genehmigt wurde.

Unter Vorbehalt deshalb, weil der Bund findet, dass die im Richtplan ausgeschiedenen Siedlungsgebiete für Wohnen und Arbeiten aufgrund der vorhandenen Baulandreserven und der zu erwartenden Entwicklung zu gross seien. Im Kanton Nidwalden würden die bestehenden Bauzonen nämlich erst in 15 Jahren zu 100 Prozent ausgelastet sein. Das bedeutet, dass Nidwalden seinen voraussichtlichen Bedarf bis ins Jahr 2032 in den heutigen Bauzonen abdecken kann. Deshalb seien substanzielle Einzonungen gemäss RPG nur möglich, wenn anderenorts Auszonungen vorgenommen würden. Sowieso gebe es

beispielsweise in Emmetten, Wolfenschiessen, Beckenried und Dallenwil ein Überangebot an Wohnzonen, während Stans, Hergiswil, Stansstad und Buochs zusätzlichen Baulandbedarf hätten.

Strukturelles Defizit

Doch auch wenn das Moratorium trotz Genehmigung durch den Bund faktisch weitergeht, da genug Bauzonenreserven vorhanden sind, ist es gut, dass Nidwalden früh mögliche Entwicklungsschwerpunkte definiert. Denn der Musterschüler unter den Schweizer Kantonen muss neue Einkommensquellen erschliessen, will er in Zukunft nicht nur vom Ersparten leben.

Was die Kantonsfinanzen betrifft, war Nidwalden nämlich schon besser aufgestellt. So kämpft man zurzeit vor allem deshalb mit einem strukturellen Defizit, weil die Beiträge in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) Jahr für Jahr steigen. 2017 waren es 38 Millionen Franken und 2018 sollen es bereits 45 Millionen Franken sein. Die Staatsrechnung 2017 schloss dementsprechend mit einem Defizit von 2,7 Millionen Franken, dies aber nur weil es noch mit einem Bezug von 11 Millionen Franken aus den finanzpolitischen Reserven aufge bessert wurde.

Auch im Budget 2018 ist ein Defizit von 17 Millionen Franken vorgesehen, das abermals durch einen Bezug von 14,5 Millionen Franken

aus den Reserven aufgepoliert werden soll. Für die Jahre 2019 und 2020 rechnet der Kanton weiterhin mit einem Defizit. Ab 2020 soll es dann wieder positive Ergebnisse ohne die Anzapfung der Reserven geben. Dabei hofft der Kanton insbesondere auf die Steuervorlage 17. «Auch wenn die Aussichten gut sind und wir wohl ab 2020 das strukturelle Defizit beseitigen können, bleiben wir unserer restriktiven Ausgabenpolitik treue», meinte Finanzdirektor Alfred Bossard.

Bürgenstock bringt Touristen

Doch es gibt auch Erfreuliches aus Nidwalden zu berichten. So bewerten die Unternehmen die Wirtschaftslage laut dem kantonalen Wirtschaftsbarometer als gut. Einzig die Baubranche zeigt sich diesbezüglich verhaltener (*siehe Artikel «Warten auf den erneuten Anstieg auf Seite 24»*). Dafür hat der Tourismus angezogen, was vor allem mit der Eröffnung des Bürgenstock Resorts zu tun hat. Sowohl die Buslinie als auch das Schiff-Shuttle verzeichnen hohe Zuwachsraten.

Ausserdem dürfte den Kanton die gewonnene Abstimmung zum Flugplatz Buochs Ende letzten Jahres versöhnlich stimmen. Und auch bei den Arbeiten an der A2 geht es voran, was wichtig ist. Denn will der Kanton das im Richtplan formulierte Bevölkerungswachstum erreichen, ist eine gute Erschliessung essentiell. ■